

PROTOKOLL

Kantonsreferendum bleibt übrig

Rüffel

Der Kantonsrat hat gestern das Mittagessen im Glencore-Restaurant Fontana in Baar eingenommen. Das hat zum Twitterkommentar eines Ratsmitglieds geführt, der Kantonsrat habe sich von «Glencore» zum Mittagessen einladen lassen. Aber da mache man nicht mit, hiess es sinngemäss. Mitgetweetet war das Bild eines angebrissenen Faustbrots. Zu Beginn der Nachmittagssitzung erinnerte Kantonsrats-Vizepräsident Thomas Lötscher die Parlamentarier an den Eid, den alle geleistet hätten, in dem unter anderem stünde: «... die Ehre und Wohlfahrt des Kantons zu fördern ...». Der Kantonsrat bezahle seine Mittagessen immer selber und lasse sich nicht einladen. Mit solchen unwahren Äusserungen auf sozialen Medien werde dem Kanton Zug geschadet. Er bitte darum, solches künftig zu unterlassen. Der Tweet wurde kurz darauf gelöscht.

Motion

Die Motion von Thomas Meierhans (CVP, Steinhausen) betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans durch Verschiebung von Siedlungserweiterungen in das Waldgebiet wurde nicht erheblich erklärt.

NFA Gestern musste der Kantonsrat eine ganze Flut von Vorstössen gegen den nationalen Finanzausgleich behandeln. Es blieb meist beim Säbelrasseln.

FREDDY TRÜTSCH
freddy.truetsch@zugerzeitung.ch

Es war angerichtet im Kantonsrat. Insgesamt fünf Vorstösse von SVP, CVP, FDP und GLP hatten nur ein Thema: den Unmut zum Nationalen Finanzausgleich (NFA) zu dokumentieren und diesen mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln zu bekämpfen. Im Ansatz waren sich die bürgerlichen Parteien einig, dass man die Höhe der Zahlungen unbedingt anpassen muss. Und weil in dieser Frage vornehmlich der Ständerat den Gebern die kalte Schulter zeigte und selbst den bundesrätlichen Vorschlag in den Wind schlug, kam es nun im Kantonsrat nicht zum blossen Säbelrasseln, sondern einzelne Fraktionen packten auch noch den Zweihänder aus.

Die FDP wollte zum Beispiel einen Teil der NFA-Zahlungen auf ein Sperrkonto einbezahlen. Die CVP verlangte mit einer Standesinitiative, dass die

Gewinne der juristischen Personen mit einem Faktor von 0,7 in der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage gewichtet werden. Und der Grünliberale Daniel Stadlin wollte mit einer Standesinitiative erreichen, dass die Kantone ein Beschwerderecht beim Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs haben. Bereits im Vorfeld der

Dennoch: Der Frust bei der Mehrheit der Parlamentarier ist nach wie vor gross, und entsprechend deutlich fielen auch die Voten aus. «Das Fass ist voll und überlaufen. Das Solidaritätswerk unter den Kantonen ist gefährdet», meinte zum Beispiel Gabriela Ingold (FDP, Unterägeri). «Der NFA hat sich zu einem unmoralischen Berechnungssystem entwickelt», sagte Daniel Stadlin (GLP, Zug).

Vorgehensvorschlag für die nächste Plenarversammlung der KdK Ende September ersuchen», betonte Michel. «Wir bleiben dran und rapportieren noch in diesem Jahr.»

Widerstand von Links

Einzig die Alternative – die Grünen sowie die SP konnten sich mit gar keinem der Vorstösse anfreunden, und sie lehnten alle kategorisch ab. Für Stefan Gisler (ALG, Zug) waren sie kontraproduktiv und ein Schilddrüsenstreich. «Sie verschiessen NFA-Nebelketten, die das Zuger Versagen und die hausgemachte NFA-Misere vernebeln.» Und mit dem Kantonsreferendum schaffe man eine «Lose-lose-Situation». Es sei völlig ungeeignet, Zug zu helfen.

Kantonsreferendum

Trotz linkem Widerstand blieb am Abend der Fakt übrig, dass der Kanton – wie auch von der Regierung bereits beantragt – das Kantonsreferendum ergreift. Dank einer SVP-Motion, die vom Kantonsrat sofort behandelt wurde, wird dies auch geschehen. Aber: Bisher haben einzig der Schaffhauser und der Zuger Kantonsrat das Kantonsreferendum beschlossen. Die Regierungen von Nidwalden und Schwyz haben sich fürs Ergreifen ausgesprochen. Damit es aber zu Stande kommt, braucht es bis am 8. Oktober acht Kantonsstimmen.

«Der NFA hat sich zu einem unmoralischen Berechnungssystem entwickelt.»

DANIEL STADLIN,
KANTONS RAT GLP, ZUG

«Sie verschiessen NFA-Nebelketten, die das Zuger Versagen und die Misere vernebeln.»

STEFAN GISLER,
KANTONS RAT ALG, ZUG

Kantonsratssitzung (wir haben berichtet) hat sich herausgestellt, dass es bei den Drohgebärden bleiben wird und einzig die Fraktionen ihre Vorstösse, um das Gesicht zu wahren, verteidigen würden. Der Rest schwenkte hingegen jeweils auf die versöhnliche Haltung der Regierung ein. Finanzdirektor Peter Hegglin erinnerte in der Debatte immer wieder an die Rechtsstaatlichkeit oder wies auf übergeordnetes Recht hin.

Vorläufig wird der Kanton Zug auch seine interkantonale Zusammenarbeit weder sistieren noch seine Zahlungen einstellen. Der Rat folgte Regierungsrat Matthias Michel, der zur Weitsicht riet. Ein Austritt aus der Konferenz der Kantone (KdK) sei rechtlich gar nicht möglich. Ausserdem liege ein unterschrittsreifes Schreiben des Regierungsrates vor, «in dem wir um die Traktandierung der NFA-Thematik und einen

Zug schützt Kinder vor pädophilen Lehrern

SCHULGESETZ Das Thema war bei keiner Fraktion bestritten. Im Detail schieden sich die Geister – es wurde um jeden Satz gerungen.

Thomas Werner (SVP, Unterägeri) verlangte mit einer Motion, Lehrer dürften durch die Gemeinden nur dann angestellt werden, wenn sie einen aktuellen Strafregisterauszug vorlegten. Auch der Regierungsrat war der Meinung, Schulkinder müssten besser geschützt werden. Damit man Lehrpersonen erkennen könne, die wegen einer Handlung gegen die sexuelle Integrität von Minderjährigen rechtskräftig verurteilt worden seien, müssten sie einen blauen Sonderprivatauszug vorlegen. Bei einer entsprechenden Verurteilung während der Beschäftigungsdauer soll, so der Vorschlag der Regierung, das Arbeitsverhältnis zwingend aufgelöst werden.

Gestern änderte der Kantonsrat dafür in erster Lesung das Schulgesetz ab. Zug ist damit der erste Kanton, der den Sonderprivatauszug gesetzlich verankert. Aufgeführt sind darin Urteile, die

ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot enthalten. Und er enthält auch alle vor Anfang 2015 ausgesprochenen Berufsverbote.

Verhältnismässig bleiben

Schützend vor die Lehrer stellte sich SP-Kantonsrat Zari Dzaferi (Baar). Nachdem irrtümlicherweise ein Kurzinterview mit ihm als Nationalratskandidat mit «Bürgerliche Werte» übertitelt worden war (Ausgabe vom 24. August), riet der ausgebildete Sekundarlehrer Dzaferi in sozialdemokratischer Manier dazu, verhältnismässig zu bleiben. Allerdings ohne Gehör zu finden. Neu steht jetzt im Gesetz, dass nicht nur ein Sonderprivatauszug, sondern in den nächsten zehn Jahren auch ein Privatauszug von Lehrern bei Bewerbungen beigebracht werden muss. Und wenn im Privatauszug eine Lehrperson einen Eintrag wegen eines Sexualdeliktes gegen Kinder oder wegen Kinderpornografie hat, dann darf sie nicht eingestellt werden.

Die Regierung beschränkte sich in ihrem Vorschlag nur auf den Sonderprivatauszug, denn der sei massgeschneidert und berücksichtige auch die Verhältnismässigkeit. Umsonst.

FREDDY TRÜTSCH
freddy.truetsch@zugerzeitung.ch



Sitz! – Hundegesetz muss warten

Aufgrund der umfangreichen Diskussionen zu Traktanden wie dem Schulgesetz oder den Vorstössen zum NFA hat Kantonsrats-Vizepräsident Thomas Lötscher gestern entschieden, den Rest der an der Sitzung vom 2. Juli abgebrochenen ersten Lesung des Hundegesetzes erneut zu vertagen.

Keystone/Martin Rütsch

«Es mangelt an Respekt»



Guido Suter
von der SP
kandidiert für den
Nationalrat

Der Walchwiler Guido Suter will nach Bern und kandidiert für den Nationalrat.

Guido Suter, weshalb haben Sie sich für eine Kandidatur als Nationalrat entschieden?

Guido Suter: Meine Kandidatur sehe ich

als Unterstützung für die SP-Hauptkandidierenden. Ich vertrete ähnliche Ideen und Anliegen wie sie. Indem ich kandidiere, signalisiere ich den Wählerinnen und Wählern im Kanton Zug, wo man mich kennt, dass sie mit ihrer Stimme eine SP-Vertreterin oder einen SP-Vertreter nach Bern senden sollen.

Was sind Ihre drei wichtigsten Themen, für die Sie sich im Nationalrat einsetzen würden?

Suter: Das Stichwort Respekt beschäftigt mich. Ich finde, dass es an Respekt leider oft mangelt. Respekt im Umgang miteinander und beim Politisieren. Respekt gegenüber dem Zustand der Welt und im ökologischen Bereich. Und Respekt im sozialen Bereich. Respekt

National- und Ständeratswahlen
18. Oktober 2015



schützt vor Ausbeutung. Etwa beuten wir unsere Ressourcen aus, oder unser Sozialsystem wird ständig abgebaut. Die drei zentralen Themen sind für mich die Stabilisierung der Sozialsysteme, die

Umweltpolitik und eine Gleichberechtigung, welche für Frauen und Männer eine gute Work-Life-Balance ermöglicht.

Zug stellt drei Nationalräte, und alle kandidieren wieder. Wie beurteilen Sie Ihre Wahlchancen?

Suter: Meine persönlichen Wahlchancen halte ich nicht für besonders wichtig. Wie eingangs erwähnt, unterstütze ich damit das Anliegen, eine soziale und ökologische Stimme nach Bern zu schicken. Ich hoffe, dass es der Zuger Bevölkerung auch wichtig ist, nicht eine ausschliesslich rechtsbürgerliche Vertretung im nationalen Parlament zu wissen.

Weshalb sollen die Zuger ausgerechnet Sie wählen?

Suter: Ich habe langjährige politische Erfahrung, und von meinem Alter her kann ich meine Ressourcen für ein politisches Amt einsetzen. Ich könnte meine Berufskarriere also im Nationalrat beenden. Ich bin von Lobbys völlig unabhängig, aber klar ein Vertreter von sozialen und ökologischen Anliegen. Dieses Bekenntnis ist für eine transparente, sach- und lösungsorientierte Politik meiner Meinung nach sehr zentral.

PERSÖNLICH

Guido Suter (57) lebt in einer Partnerschaft. Er wohnt in Walchwil und ist als Bibliothekar in leitender Stellung tätig. Er war von 2007 bis 2014 Gemeinderat in Walchwil und präsidiert die SP Walchwil.